

Ergun Özbudun **Die Parteien und das Parteien- system in der Türkei**

Der seit zwei Jahrzehnten anhaltende Verfallsprozess des türkischen Parteiensystems ist nicht nur Folge der zahlreichen Militärinterventionen, die das südosteuropäische Land in der Vergangenheit geprägt haben. Auch aktuelle Tendenzen in der Türkei, so die traditionelle Unberechenbarkeit des Wählerverhaltens, die durch religiöse und ethnische Konflikte bedingte ideologische Polarisierung der türkischen Bevölkerung, die damit verbundene Schwächung der politischen Mitte sowie die fehlende Organisation der politischen Parteien selbst tragen entscheidend zum desolaten Zustand des Parteiengebäudes bei. So sind anstelle der beiden früheren großen Volksparteien GP und RVP nun die Mutterlandspartei MP und die Wahrheitspartei PW im rechtsgemäßigen Lager sowie die demokratische Linke PDL und die Republikanische Volkspartei RVP im linksgemäßigten Lager getreten – Ausdruck einer Fragmentierung, die die Stabilität der derzeitigen türkischen Politik keineswegs fördert und deren Überwindung in naher Zukunft wohl kaum zu erwarten ist.

■ **Das Parteiensystem: Entinstitutionalisierung, Fragmentierung, Polarisierung**

Was die Türkei von vielen neuen Demokratien unterscheidet, ist die relativ weit fortgeschrittene Institutionalisierung der politischen Parteien. Frederick Frey hat z.B. in einem Kommentar zur türkischen Politik der fünfziger Jahre argumentiert, es handle sich um nichts als Parteipolitik: „Innerhalb des Machtgefüges der türkischen Gesellschaft stellt die politische Partei das bedeutendste inoffizielle Bindeglied zwischen der Regierung und den einzelnen größeren Bevölkerungsgruppen dar, die ihr gegenüberstehen. [...] Man könnte sagen, dass sich die Türkei in genau dieser Hinsicht, nämlich im Hinblick auf ihre großen, einflussreichen, gut organisierten und bürgernahen Parteien auch institutionell von den anderen Nationen des Nahen Ostens unterscheidet, mit denen wir sie so häufig vergleichen.“⁽¹⁾ Wie aus den folgenden Seiten jedoch klar hervorgeht, befinden sich die Parteien und das Parteiensystem der Türkei schon seit längerer Zeit, nämlich seit den siebziger Jahren, in einer Phase des institutionellen Verfalls. Das Parteiensystem fragmentiert und polarisiert sich ideologisch, das Wählerverhalten wird immer unberechenbarer, und die innere Stärke der Parteien ist, wie auch ihre Unterstützung in der Öffentlichkeit, im Schwinden begriffen.

Von 1946 bis 1960 herrschte in der Türkei ein Zweiparteiensystem mit all seinen typischen Eigenschaften

ten. Als Hauptbewerber um die Macht traten damals die Republikanische Volkspartei (RVP) und die Demokratische Partei (DP) auf. In den Wahlen, die 1961 auf die militärische Intervention von 1960 folgten, konnte sich keine Partei eine parlamentarische Mehrheit sichern, denn die frühere Wählerschaft der DP war nach ihrem Verbot durch das Militärregime unter drei verschiedenen Parteien aufgesplittet. Dazu kam noch die Einführung des Verhältniswahlrechts in der D'Hondtschen Version. In den Wahlen von 1965 und 1969 war es die Gerechtigkeitspartei (GP), die sich in beiden Fällen als mittlerweile anerkannte Hauptnachfolgerin der DP eine sichere parlamentarische Mehrheit verschaffen konnte, obwohl die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien ständig stieg. Nach dem erneuten Eingreifen der Militärs 1971 bot sich nach den Wahlen von 1973 und 1977 das Bild eines fragmentierten Parlaments. In beiden Fällen verfügte keine Partei über eine Mehrheit, obwohl die beiden großen Parteien, die RVP und die GP, eindeutig stärker waren als die anderen. Zusammen erhielten sie in den Wahlen von 1973 und 1977 63,1 Prozent bzw. 78,8 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Da das D'Hondtsche Verhältniswahlrecht die größeren Parteien begünstigt, errangen diese beiden Parteien 1973 74,2 Prozent und 1977 89,3 Prozent aller Sitze (Tabelle 1).

Als hauptsächliche Kennzeichen (oder auch „Symptome“) des türkischen Parteiensystems der siebziger Jahre werden Volatilität, Fragmentierung und ideologische Polarisierung genannt.²⁾ Der Begriff „Volatilität“ bezeichnet dabei plötzliche, weitgehende Schwankungen bei den Stimmenanteilen der einzelnen Parteien von Wahl zu Wahl. Nach dem Fraktionalisierungsindex von Douglas Rae³⁾ erreichte die Fragmentierung der Nationalversammlung 1961 einen Wert von 0,70; 1965 betrug dieser Wert 0,63; 1969 0,59; 1973 0,70 und 1977 0,60. Einerseits liegen diese Werte nicht zu hoch, und die Parteienlandschaft als Ganzes bot eher das Bild eines begrenzten oder gemäßigten Mehrparteiensystems. Andererseits deutete das Erstarken der islamistischen Nationalen Heilspartei und der ultranationalistischen Nationalen Aktionspartei, beides ideologisch hochmotivierte Organisationen, in den siebziger Jahren auf eine wachsende ideologische Polarisierung hin, die der

- 1) Frederick W. Frey, *The Turkish Political Elite* (Die politische Elite der Türkei), The MIT Press, Cambridge, Mass., 1965, S. 301-303. Zur Bedeutung der Institutionalisierung des Parteiwesens für die Konsolidierung der Demokratie vgl. Larry Diamond, „Democracy in Latin America: Degrees, Illusions, and Directions for Consolidation“ (Die Demokratie in Lateinamerika: Abstufungen, Illusionen und Hinweise zur Konsolidierung) in Tom Farer (Hrsg.) *Beyond Sovereignty: Collectively Defending Democracy in the Americas* (Mehr als Souveränität: Die kollektive Verteidigung der Demokratie in Nord- und Südamerika), The Johns Hopkins University Press, Baltimore, 1995, S. 78-81.
- 2) Üstün Ergüder und Richard I. Hofferbert, „The 1983 General Elections in Turkey: Continuity or Change in Voting Patterns?“ (Die türkischen Wahlen von 1983: Kontinuität oder Wandel des Abstimmverhaltens?) in Metin Heper und Ahmet Evin (Hrsg.), *State, Democracy, and Military: Turkey in the 1980s* (Staat, Demokratie und Militär: Die Türkei in den 80ern), Walter de Gruyter, Berlin-New York, 1988, S. 81-102. Ergun Özbudun, „The Turkish Party System: Institutionalization, Polarization, and Fragmentation“ (Das türkische Parteiwesen: Institutionalisierung, Polarisierung und Fragmentierung), *Middle Eastern Studies* 17, April 1981, S. 228-240.
- 3) Douglas W. Rae, *The Political Consequences of Electoral Laws* (Das Wahlrecht und seine politischen Konsequenzen), Yale University Press, New Haven, 1967, S. 56.

Tabelle 1: Stimmenanteile und Sitzverteilung bei den türkischen Parlamentswahlen von 1950 bis 1977 (in Prozent)*

Partei	1950	1954	1957	1961	1965	1969	1973	1977
DP-GP	53,3 (83,8)	56,6 (93,0)	47,7 (69,5)	34,8 (35,1)	52,9 (53,3)	46,5 (56,9)	29,8 (33,1)	36,9 (42,0)
RVP	39,8 (14,2)	34,8 (5,7)	40,8 (29,2)	36,7 (38,4)	28,7 (29,8)	27,4 (31,8)	33,3 (41,1)	41,4 (47,3)
NP	3,0 (0,2)	4,7 (0,9)	7,2 (0,7)	14,0 (12,0)	6,3 (6,9)	3,2 (1,3)	1,0 (0,0)	– –
GP	– –	– –	3,8 (0,7)	– –	– –	– –	– –	– –
NTP	– –	– –	– –	13,7 (14,4)	3,7 (4,2)	2,2 (1,3)	– –	– –
TLP	– –	– –	– –	– –	3,0 (3,3)	2,7 (0,4)	– –	0,1 (0,0)
NAP	– –	– –	– –	– –	2,2 (2,4)	3,0 (0,2)	3,4 (0,7)	6,4 (3,6)
UP	– –	– –	– –	– –	– –	2,8 (1,8)	1,1 (0,2)	0,4 (0,0)
RRP	– –	– –	– –	– –	– –	6,6 (3,3)	5,3 (2,9)	1,9 (0,7)
DP	– –	– –	– –	– –	– –	– –	11,9 (10,0)	1,9 (0,2)
NHP	– –	– –	– –	– –	– –	– –	11,8 (10,7)	8,6 (5,3)

* Der obere Wert entspricht dem jeweiligen Stimmenanteil, der untere (in Klammern) dem Anteil der Sitze im Parlament.

Quelle: Offizielle Wahlergebnisse, Staatliches Institut für Statistik

4) Diese Unterscheidung stammt aus Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems: A Framework for Analysis* (Parteien und Parteiensysteme: Ein Rahmen für ihre Untersuchung), Cambridge University Press, 1976, S. 131-145.

Parteienlandschaft ein gewisses Maß an Extremismus bzw. Polarisierung verlieh.⁴⁾ Eine Reihe von kurzlebigen, ideologisch zerstrittenen Koalitionsregierungen war nicht in der Lage, gültige politische Richtlinien zu formulieren und die ständige Ausbreitung von Gewalt und Terror in der Politik einzudämmen. Als das Militär dann im September 1980 erneut intervenierte, brach das System schließlich zusammen.

Das Militärregime, das die Macht übernahm, versuchte das Parteiensystem durch entsprechende Änderungen der Wahlgesetzgebung wieder auf die Beine zu stellen. 1983 wurde ein neues Wahlrecht verabschiedet, das zwar das Verhältniswahlrecht grundsätzlich unangetastet ließ, für den erforderlichen Mindestanteil der Stimmen aber auf nationaler Ebene eine

Grenze von zehn Prozent und auf Wahlkreisebene noch viel höhere Hürden festlegte, die je nach Größe des betreffenden Wahlkreises von 14,2 bis 50 Prozent reichten. Dahinter stand die Hoffnung, auf diese Art die kleineren, eher ideologisch ausgerichteten Parteien ausschalten und das Parteiensystem auf zwei oder drei Parteien begrenzen und somit vereinfachen zu können. Die Wahlen von 1983, bei denen die regierenden Militärbehörden nur drei Parteien zuließen, brachten denn auch das erwartete Ergebnis. Turgut Özals Mutterlandpartei (MP) gewann mit einem Stimmenanteil von 45,2 Prozent die absolute Mehrheit. In den Wahlen von 1987 konnte die MP trotz eines geringeren Stimmenanteils von 36,3 Prozent ihre parlamentarische Mehrheit nicht nur halten, sondern sogar ausbauen. Unterstützt wurde sie dabei durch eine Änderung des Wahlrechts, die die großen Parteien noch mehr begünstigte. Andererseits lag damals eine erneute Fragmentierung bereits in der Luft, die dann auch in den Gemeindewahlen von 1989 und 1994 sowie in den Parlamentswahlen von 1991, 1995 und 1999 klar zutage trat (Tabelle 2).

Heute ist das Parteiensystem in der Türkei zersplitterter denn je. Bei den Wahlen vom Dezember 1995 erhielt die Wohlfahrtspartei (WP), die Nachfolgeorganisation der Nationalen Heilspartei aus den siebziger Jahren, mit lediglich 21,4 Prozent den größten Stimmenanteil. Außerdem schwand im Laufe der Jahre der Einfluss der beiden bedeutendsten Parteien der sechziger und siebziger Jahre, nämlich der Mitte-Rechts-Partei GP und der Mitte-Links-Partei RVP, die dem Parteiensystem bislang noch etwas Stabilität verliehen hatten. Diese beiden Hauptströmungen werden heute von jeweils zwei Parteien vertreten; so repräsentieren die Mutterlandpartei (MP) und die Wahrheitspartei (PW) die rechte Mitte, während die linke Mitte von der Demokratischen Linken (PDL) und der Republikanischen Volkspartei (RVP) vertreten wird, wobei in beiden Fällen kaum Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in naher Zukunft besteht.

Die Wahlstatistiken zeigen auch, dass das türkische Parteiensystem einen hohen Grad an Volatilität aufweist; dies legt den Schluss nahe, dass es einem praktisch ununterbrochenen Umbildungsprozess unterworfen ist. Angesichts der häufigen militärischen Interventionen, bei denen jedes Mal schwere Schäden

Tabelle 2: Stimmenanteile bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen in der Türkei von 1983 bis 1995 (in Prozent)*

Partei	1983 (Parl.)	1984 (Gem.)	1987 (Parl.)	1989 (Gem.)	1991 (Parl.)	1994 (Gem.)	1995 (Parl.)	1999 (Parl.)
MP	45,2 (52,9)	41,5	36,3 (64,9)	21,8	24,0 (25,6)	21,0	19,7 (24,0)	13,2 (15,6)
VP	30,5 (29,3)	8,8	–	–	–	–	–	–
NDP	23,3 (17,8)	7,1	–	–	–	–	–	–
SDPP	–	23,4	24,7 (22,0)	28,7	20,8 (19,6)	13,6	–	–
PW	–	13,3	19,1 (13,1)	25,1	27,0 (39,6)	21,4	19,2 (24,5)	12,0 (15,5)
WP/TP	–	4,4	7,2 (0,0)	9,8	16,9 (13,8)**	19,1	21,4 (28,7)	15,4 (20,2)
PDL	–	–	8,5 (0,0)	9,0	10,8 (1,6)	8,8	14,6 (13,8)	22,2 (24,7)
NAP	–	–	2,9 (0,0)	4,1	–	8,0	8,2 (0,0)	18,0 (23,5)
RVP	–	–	–	–	–	4,6	10,7 (8,9)	8,7 (0,0)

* Die Zahlenangaben in Klammern entsprechen dem Anteil der Sitze im Parlament.

** Gemeinsam mit der NAP und der Demokratischen Reformpartei.

Quelle: Offizielle Wahlergebnisse, Staatliches Institut für Statistik

5) Leonardo Morlino, „Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe“ (Politische Parteien und die Konsolidierung der Demokratie in Südeuropa) in Richard Gunther, P. Nikiforos Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.), *The Politics of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective* (Die Politik der demokratischen Konsolidierung: Südeuropa im Vergleich), The Johns Hopkins University Press, Baltimore-London, 1995, S. 321.

am Parteiensystem angerichtet wurden, ist kaum etwas anderes zu erwarten; so wurde 1960 die DP verboten, und 1980 wurden gar alle politischen Parteien aufgelöst. Andererseits weist das Parteiensystem in der Türkei auch neunzehn Jahre nach dem letzten Übergang zur Demokratie immer noch eine hohe Volatilität auf, die sogar weiter ansteigt. Dies steht in krassem Gegensatz zu anderen Parteiensystemen in Südeuropa, wie z.B. in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, wo jeweils „nach einer kritischen Parlamentswahl die Volatilität schwand und das Abstimmverhalten stabiler und berechenbarer wurde“. ⁵⁾ Diese Unberechenbarkeit ist sicher zum Teil dem Schaden zuzuschreiben, der – wie bereits erwähnt – durch die verschiedenen militärischen Interventionen angerichtet wurde, zum Teil aber auch der Tatsache, dass die politischen Parteien in der Türkei in der bürgerlichen Gesellschaft über keine besonders starken Wurzeln verfügen; ich werde darauf noch näher ein-

gehen. Wenn man die Stabilisierung des Wahlverhaltens als Bestandteil einer demokratischen Konsolidierung betrachtet, scheint der Trend in der Türkei eher davon wegzuführen.

Eine weitere besorgniserregende Veränderung des Parteiensystems stellt die wachsende Schwäche der gemäßigten rechten und linken Mitte dar. Diese beiden Strömungen, die bislang die türkische Politik dominiert hatten, erreichten in den Wahlen von 1995 ihren Tiefpunkt: Die beiden Mitte-Rechts-Parteien erhielten zusammen 38,9 Prozent der Stimmen, die Mitte-Links-Parteien 25,4 Prozent. Diesem steilen Niedergang entsprechend stieg im Laufe der Jahre der Stimmenanteil der Flügelparteien wesentlich an. Neben der islamischen WP mit ihrem Stimmenanteil von 21,4 Prozent erhielten die ultranationalistische NAP 8,18 und die kurdisch-nationale Volksdemokratische Partei (VDP) 4,17 Prozent der Stimmen. Zwar konnten die beiden letztgenannten Parteien aufgrund der für Parlamentswahlen geltenden Hürde von zehn Prozent keine Vertreter ins Parlament entsenden, aber die drei extremistischen Parteien erhielten dennoch insgesamt 33,8 Prozent oder mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen.

Bei den Parlamentswahlen von 1999 setzte sich dieser Trend beschleunigt fort. Der Stimmenanteil der beiden Mitte-Rechts-Parteien fiel auf insgesamt 25,2 Prozent, während die beiden Mitte-Links-Parteien zusammen 30,9 Prozent erreichten. Hauptgewinner der Wahlen war zusammen mit der DLP von Bülent Ecevit die ultranationalistische NAP, deren Stimmenanteil von 8,0 Prozent im Jahr 1995 auf 18,0 Prozent im Jahr 1999 stieg, eine Steigerung von 119,8 Prozent. Die islamistische Tugendpartei, die Nachfolgerin der WP, die am 16. Januar 1998 durch das Verfassungsgericht verboten worden war, erhielt 15,4 Prozent der Stimmen, die PDP 4,75 Prozent. Einschließlich der kleineren Parteien erhielten die Radikalen zusammen mit den Links- und Rechtsparteien 41,2 Prozent der Stimmen, ein Hinweis darauf, dass sich die türkische Politik immer mehr polarisiert und radikalisiert. Nach dem Verbot der Tugendpartei durch das Verfassungsgericht wird die islamische Politik in der Nationalversammlung der Türkei nunmehr durch zwei Parteien vertreten: die Partei der Glückseligkeit, die den eher traditionellen Flügel der WP/TP vertritt,

und die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei, die sich als Vertreterin einer gemäßigten oder „innovativen“ Strömung innerhalb der WP/TP sieht.

Durch die immer überragender werdende Bedeutung religiöser und ethnischer Fragen verschärft sich die ideologische Polarisierung, besonders weil Fragen dieser Art im Vergleich mit sozioökonomischen Problemen schwerer zu lösen sind und kaum auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden können. Auch die Meinungsforschung bestätigt diesen Trend zur Polarisierung. Aus einer 1991 im Rahmen des „World Values Survey“ durchgeführten Umfrage geht hervor, dass sich 50 Prozent aller türkischen Wähler in einem Spektrum von links bis rechts in der Mitte sehen. Fünf Prozent stehen extrem links, 20 Prozent gehören zur linken Mitte, 18 Prozent zur rechten Mitte und acht Prozent zur extremen Rechten. Eine weitere 1997 durchgeführte Umfrage ergab die folgenden Werte: sieben Prozent linksextrem, 14 Prozent Mitte links, 35 Prozent Mitte, 23 Prozent Mitte rechts und 20 Prozent rechtsextrem. Ein Vergleich dieser beiden Ergebnisse zeigt ganz klar, dass die Mitte parallel zum raschen Wachstum der extremen Rechten deutlich an Einfluss verloren hat.⁶⁾ Damit sind alle drei Symptome, an denen das türkische Parteiensystem in den siebziger Jahren krankte, womöglich noch verstärkt wieder aufgetreten – Volatilität, Fragmentierung und Polarisierung.

Eine vierte Malaise des Parteiensystems besteht darin, dass sowohl die Organisationen der Parteien als auch die Bindungen, die zu ihnen bestehen, immer schwächer werden. Offensichtlich gehört dies mit zu dem allgemeinen Phänomen der Desillusionierung, das für viele neue Demokratien typisch ist.⁷⁾ Die scheinbare Unlösbarkeit der Probleme, wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, extreme Inflationsraten, massive Auslands- und Inlandsverschuldung, wachsende Unterschiede zwischen Arm und Reich, der plötzliche Verfall der Sozialpolitik und die allgegenwärtige politische Korruption haben einen tiefen Pessimismus und große Enttäuschung unter den Wählern hervorgerufen, von denen viele ihre Stimmen nicht aus Überzeugung abgeben, sondern lediglich für das „kleinste Übel“ votieren.

Die einzige Veränderung zum Positiven, die sich seit den siebziger Jahren im Rahmen dieses recht trost-

6) Yılmaz Esmer, „Dini Değerler Yükselişte“ (Das Aufleben religiöser Werte), *Milliyet* (Tageszeitung) vom 9. April 1997.

7) Samuel P. Huntington, *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century* (Die dritte Welle: Demokratisierung Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts), University of Oklahoma Press, Norman-London, 1991, S. 255-258.

losen Bildes zeigt, ist das stärkere Engagement für die Demokratie sowohl unter der Elite als auch in der Masse der Bevölkerung. Zwar standen alle größeren Parteien auch während der schweren Krise Ende der siebziger Jahre unverändert zur Demokratie als Regierungsform, aber deren Legitimität wurde von einigen bedeutenden linken und rechten Gruppen in Frage gestellt. Obwohl nicht im Parlament vertreten, fand die radikale Linke bei Studenten, Lehrern und bestimmten Teilen der Arbeiterklasse eine zahlreiche Gefolgschaft. Im Gegensatz dazu war die radikale Rechte im Parlament und sogar in der Regierung vertreten, und zwar durch die NAP, bei der zumindest zu bezweifeln war, ob sie wirklich für eine liberale Demokratie eintrat. Es gab Hinweise, dass die Partei in rechtsextreme politische Gewalttaten verwickelt sein könnte. Schließlich war es in den Augen vieler Bürger und auch etlicher ziviler Politiker durchaus rechtens, dass die Armee in einer solchen Krise eingriff, um der Gewalttätigkeit und dem Chaos ein Ende zu setzen. Mit anderen Worten: Die Demokratie war nicht für jeden das Ein und Alles.

Heute hat sich die Situation offensichtlich beträchtlich gewandelt. Die Gruppierungen der extremen Linken sind durch den Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa und in der Sowjetunion an den Rand gedrängt worden. Die NAP wiederum hat sich stillschweigend zu einer gemäßigteren, systemtreuen nationalistischen Partei gewandelt. Die Rufe nach einer militärischen Intervention sind bedeutend leiser geworden. Aus der zweifelsohne vorhandenen Desillusionierung vieler Wähler entstand keine ideologische Herausforderung an das demokratische System selbst. Wie in vielen anderen neuen Demokratien herrscht auch in der Türkei eine „gesteigerte Wertschätzung“ der Demokratie als Selbstzweck.⁸⁾ Wie O'Donnell zu den neuen Demokratien in Südamerika anmerkte, bildet „das aktuelle Prestige demokratischer Umgangsformen im Vergleich zu der Schwäche offen autoritärer politischer Verhaltensweisen“ einen Hauptfaktor, der den Vertretern der Demokratie zum Vorteil gereicht. Andererseits hat O'Donnell auch mit seiner Warnung Recht, dieser Faktor sei im Laufe der Zeit dem Verfall ausgesetzt: „Der Einfluss demokratischer Verhaltensweisen hängt zum Teil davon ab, inwieweit sie für die Mehrheit der

8) Diamond, op.cit., S. 77; Juan Linz und Alfred Stepan, „Political Crafting of Democratic Consolidation or Destruction: European and South American Comparisons“ (Politische Einflüsse auf die Konsolidierung oder Zerstörung der Demokratie: Europa und Südamerika im Vergleich) in Robert A. Pastor (Hrsg.), *Democracy in the Americas: Stopping the Pendulum* (Demokratie in Nord- und Südamerika: Das Pendel wird angehalten), Holmes and Meier, New York-London, 1989, S. 47.

Bevölkerung eine konkrete Bedeutung erlangen können.“⁹⁾

- 9) Guillermo O'Donnel, „Transitions, Continuities, and Paradoxes“ (Wandel, Kontinuität und Paradox) in Scott Mainwaring, Guillermo O'Donnel und J. Samuel Valenzuela (Hrsg.), *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective* (Demokratische Konsolidierungsprobleme: Die neuen Demokratien Südamerikas im Vergleich), University of Notre Dame Press, Notre Dame, 1992, S. 21; vgl. auch Scott Mainwaring, „Transitions to Democracy and Democratic Consolidation: Theoretical and Comparative Issues“ (Wandel zur Demokratie und ihre Konsolidierung: Theoretische und relative Probleme), *ibid.*, S. 311.

- 10) Maurice Duverger, *Political Parties: Their Organization and Activity in the Modern State* (Politische Parteien: Ihre Organisation und Arbeit in einem modernen Staat), Methuen, London, 1955, S. 61-79.
- 11) Arsev Bektaş, *Demokratikleşme Sürecinde Liderler Oligarşisi, CHP ve AP (1961-1980)* (Die Führungsoligarchie im Prozess der Demokratisierung), Bağlam, Istanbul, 1993, S. 39-52 und 133-137; Sabri Sayarı, „Aspects of Party Organization in Turkey“ (Zur Parteiorganisation in der Türkei), *The Middle East Journal* 30 (Frühjahr 1976), S. 188-189.
- 12) TÜSES Veri Araştırma A.Ş., *Türkiye'de Siyasi Parti Seçmenlerinin Nitelikleri, Kimlikleri ve Eğilimleri* (Eigenschaften, Identität und Tendenzen der türkischen Parteiwähler), TÜSES, Ankara, 1996 (nachfolgend als TÜSES bezeichnet), S. 95.

- 13) Sayarı, S. 197-199.
14) TÜSES, S. 132-133.

■ Organisatorische Besonderheiten der politischen Parteien in der Türkei

Seit den Anfängen des Mehrparteiensystems Mitte der vierziger Jahre gelten die politischen Parteien in der Türkei allgemein als „Kader-“ oder „Volksparteien“, die in vieler Hinsicht an eine Klientel erinnern. Wenn man eine Massenpartei als eine Organisation mit einem sorgfältig geführten Registratursystem versteht, die über eine große Anzahl zahlender Mitglieder mit entsprechenden Ausweisen verfügt und sich hauptsächlich auf die Schulung konzentriert,¹⁰⁾ kann sich – möglicherweise mit Ausnahme der WP – keine einzige der größeren Parteien in der Türkei als Massenpartei bezeichnen.¹¹⁾ Zwar hat sich bei einer kürzlich (1996) durchgeführten Umfrage herausgestellt, dass 12,1 Prozent aller Wähler einer Partei angehören,¹²⁾ aber die schlecht geführten Mitgliedsregister der Parteien und die losen Verbindungen zwischen den Parteien und ihren Mitgliedern scheinen doch eher darauf hinzudeuten, dass in der Türkei ein „Parteimitglied“ oft nur wenig mehr ist als ein einfacher „Parteigänger“. Auf lokaler Ebene bleiben besonders in den verhältnismäßig unterentwickelten Regionen viele Parteiorganisationen in der Zeit zwischen den Wahlen völlig passiv¹³⁾ und tun wenig oder gar nichts, um ihre Mitglieder politisch zu bilden bzw. zu schulen. Wenn wir die Stimmabgabe einmal beiseite lassen, beteiligt sich die Mitgliedschaft an Parteiaktivitäten am meisten in den beiden stark nationalistisch ausgerichteten Parteien NAP und VDP und am wenigsten in den beiden Mitte-Rechts-Parteien MP und PW. Sowohl die WP (unerwarteterweise) als auch die beiden Mitte-Links-Parteien DLP und RVP rangieren zwischen diesen beiden Extremen.¹⁴⁾

Die lockere Verbindung zwischen den Parteien und ihren Mitgliedern bedeutet auch, dass die Mitgliedsbeiträge nicht regelmäßig entrichtet werden und deshalb nicht viel zu den Einnahmen einer Partei beitragen. Die Parteien werden vielmehr seit der Verfassungsänderung von 1971 durch Zuschüsse des Staates finanziert. Nach geltendem Recht erhalten alle Parteien, deren Stimmenanteil in den letzten Parlaments-

wahlen bei sieben Prozent oder mehr lag, Zuschüsse gemäß ihrem Stimmenanteil. Private Schenkungen stellen ebenfalls eine wichtige Einnahmequelle für die Parteien dar.

Diese organisatorischen Eigenheiten lassen sich mit den Umständen erklären, unter denen Mitte der vierziger Jahre der Übergang zu einem Mehrparteiensystem in der Türkei stattfand. Die oppositionelle Demokratische Partei (DP) schlachtete damals die schon seit langem bestehende Konfrontation zwischen Zentrum und Peripherie erfolgreich aus, indem sie den Unmut der Peripherie gegen die zentralistische, bürokratische Einparteiherrschaft der RVP mobilisierte. Die meisten Forscher sind sich einig, dass das türkische Parteiensystem seinen Ursprung in diesem Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie hatte, in dem eine zusammenhängende nationalistische, zentralistische und laizistische Staatselite in einer Konfrontation mit einem religiösen, antistaatlichen Beigeschmack einer „kulturell heterogenen, komplexen und sogar feindseligen Peripherie“ gegenüberstand.¹⁵⁾ Ob die Türkei heute noch von einer solchen Spaltung zwischen Zentrum und Peripherie beherrscht wird, mag man bezweifeln. Weder in den achtziger noch in den neunziger Jahren hat sich eine einzige neue Partei für die „Werte und Interessen des Zentrums“ engagiert oder gar bei den Wahlen so viel Unterstützung erhalten wie früher die RVP. Aufgrund der oben beschriebenen Fragmentierung der Wählerschaft gibt es aber auch keine Partei, die für die Peripherie spricht. Wie Ersin Kalaycıoğlu bemerkt: „Das Bild wird dadurch noch weiter kompliziert, dass das Zentrum nicht mehr das ist, was es einmal war: In der Türkei gibt es keine kompakte und geschlossene Elitegruppe mehr, die das Zentrum besetzt hält und seine kollektiven Interessen verteidigt.“¹⁶⁾ Diese Umstände waren für die Entwicklung von Massenparteien nicht günstig. Die RVP blieb, was sie zu Zeiten der Einparteiherrschaft gewesen war, nämlich eine Partei der Staatselite, während die DP es vorzog, sich mit breitenwirksamen, gegen den Staat gerichteten populistischen Slogans und nicht mit der Bindung an eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe Geltung zu verschaffen.

Geprägt wird die türkische Parteienlandschaft auch von der in vielen kleinen Städten und Gemein-

15) Ersin Kalaycıoğlu, „Elections and Party Preferences in Turkey: Changes and Continuities in the 1990s“ (Parteipräferenzen bei den türkischen Wahlen: Wandel und Kontinuität in den 90ern), *Comparative Political Studies* 27 (Oktober 1994), S. 403; vgl. auch Şerif Mardin, „Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics“ (Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie: Ein Schlüssel zur türkischen Politik), *Daedalus* (Winter 1972), S. 169-190; Metin Heper, *The State Tradition in Turkey* (Die Staatstradition in der Türkei), Eothen, Walkington, England, 1985; Ergun Özbudun, *Social Change and Political Participation in Turkey* (Sozialer Wandel und politische Beteiligung in der Türkei), Princeton University Press, Princeton, 1976, Kap. 2.

16) Kalaycıoğlu, S. 407.

den auf dem Lande häufigen Flügelbildung. Die DP hatte immer dann ein „Stimmreservoir“ zur Verfügung, wenn ein solcher Flügel die DP und ein anderer die RVP unterstützte. Dieses Phänomen trug nicht nur mit zum schnellen Aufstieg der DP bei, sondern machte sie auch zu einem gesellschaftlich heterogenen Bündnis, das nur durch die gemeinsame Opposition gegen die RVP zusammengehalten wurde. Als dann die DP 1950 an die Macht kam, baute sie auf dem Land einen gut funktionierenden Parteiapparat auf, indem sie großzügig Pfründen und Zuschüsse verteilte. Das Zweiparteiensystem gründete sich also ursprünglich auf vertikale, nicht auf horizontale Loyalität. „Die Parteien versicherten sich vordringlich der Gefolgschaft von führenden Persönlichkeiten vor Ort, denen dann die Aufgabe übertragen wurde, die Wählerschaft zu mobilisieren. In jedem Fall gründete sich die politische Loyalität ganz wesentlich auf ein Netzwerk aus vertikal orientierter Gefolgschaft gegenüber einer bestimmten Person.“¹⁷⁾ Als dann später die Landflucht zunahm, tauchten in den Städten ähnliche Parteiapparate auf, die die DP und ihre Nachfolgerin, die GP, äußerst wirksam zu nutzen wussten. Die Parteien waren u.a. aufgrund ihrer vertikalen, klientel-ähnlichen Struktur und ihrer mechanischen politischen Arbeit nicht in der Lage, ihre Organisation auf der Grundlage von horizontalen Loyalitäten, nämlich den gemeinsamen Interessen einer Gruppe oder Klasse aufzubauen. In den siebziger und achtziger Jahren führten immer komplexer werdende gesellschaftliche Strukturen und die wachsende Bedeutung ideologischer Fragen zu der oben erwähnten Fragmentierung des Parteiwesens, ohne dass sich jedoch etwas an dem klientel-ähnlichen Aufbau der politischen Parteien geändert hätte. Ein führender Politikwissenschaftler hat einmal das heutige politische System der Türkei als ein „parteizentriertes Gemeinwesen“ beschrieben, d.h. als „ein von gesellschaftlichen Gruppen größtenteils unabhängiges Parteiensystem“, das sich aufgrund der historischen Entwicklung des osmanisch-türkischen Staates ohne den Rückhalt eines starken Bürgertums entwickelt habe.¹⁸⁾

Das eben Gesagte bezieht sich auf die überall zutage tretende Schwäche der Bindungen zwischen den politischen Parteien und anderen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, wobei die WP wiederum

17) Sabri Sayarı, „Some Notes on the Beginnings of Mass Political Participation in Turkey“ (Anmerkungen zu den Anfängen der politischen Teilhabe in der Türkei) in Engin D. Akarlı mit Gabriel Ben-Dor (Hrsg.), *Political Participation in Turkey: Historical Background and Present Problems* (Politische Beteiligung in der Türkei: Historischer Hintergrund und heutige Probleme), Boğaziçi University Publications, Istanbul, 1957, S. 123-125. Vgl. auch Paul Stirling, *Turkish Village* (Das türkische Dorf), Wiley, New York, 1965, S. 281-282.

18) Heper, *State Tradition*, S. 100-101.

zumindest teilweise eine Ausnahme darstellt. Wenn wir die Partei- bzw. Gewerkschaftsmitglieder unter den Wählern einmal außer Acht lassen, deren Anteil 12,1 bzw. 9,8 Prozent beträgt, gehören nur 6,2 Prozent der gesamten Wählerschaft einem Verband an. Dabei handelt es sich zum allergrößten Teil um Angestellte im öffentlichen Sektor, die von Rechts wegen ihren jeweiligen Berufsverbänden angehören müssen.¹⁹⁾ Bis zur Verfassungsreform von 1995 verboten die Verfassung von 1982 sowie verschiedene andere Gesetze sogar ausdrücklich jede organisatorische Verbindung und jede Art von Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien und anderen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft. Aber selbst ohne ein derartiges Verbot waren diese Verbindungen äußerst schwach oder gar nicht entwickelt; dies gilt zum Beispiel für den Zeitraum von 1961 bis 1980. Aufgrund der oben beschriebenen organisatorischen Besonderheiten sind die Parteien in der Türkei nicht am Aufbau oder Erhalt enger Verbindungen mit Interessengruppen oder bestimmten Sektoren der Gesellschaft interessiert. Sie bleiben von gesellschaftlichen Gruppierungen unabhängig, wechseln ihre Wählerschaft von Fall zu Fall oder lassen ihre Wählerschaft nach einem Wahlsieg auch schon einmal im Stich.²⁰⁾

Von ihrer Organisation her ähneln sich alle türkischen Parteien, weil ihnen durch das Parteienrecht von 1965 und 1983 ein mehr oder weniger genormtes Organisationssystem aufgezwungen wurde. Dieses Modell sieht für die staatliche Ebene wie auch für die Ebene der Provinzen und Teilprovinzen Parteikongresse und von ihnen gewählte Vorstände vor. Kleinste organisatorische Einheit ist die Teilprovinz (*ilçe*). Eine Organisation unterhalb dieser Ebene ist den Parteien nicht gestattet. Die Parteibüros (*ocak*), die es bis 1960 in Dörfern und Stadtvierteln gab, wurden von der Militärregierung 1960/61 verboten, ein Verbot, das auch in der Parteigesetzgebung von 1965 und 1983 aufrechterhalten wurde. Das organisatorische Modell, das diese Gesetze vorschreiben, scheint mit den demokratischen Prinzipien vereinbar, denn Führung und Vorstand aller Parteien werden auf allen Ebenen von entsprechenden Parteikongressen gewählt, die wiederum theoretisch die gesamte Mitgliedschaft einer Partei repräsentieren. Andererseits bestand und besteht in allen Parteien ein starker

19) TÜSES, S. 93-94. Diese Zahlen schließen informelle Gruppen wie religiöse Gemeinden und Sufi-Orden offensichtlich nicht mit ein.

20) Ein typisches Beispiel stammt von Abdullah Gül, Staatsminister und Mitglied der Führungsspitze der WP, der offen zugab: „Was zählt, ist nicht das, was wir den Wählern gesagt haben, sondern das, was wir in der Regierung tun“ (*Milliyet* vom 20. Februar 1997).

21) Bektaş, passim.

22) E. E. Schattschneider, *Party Government* (Die Regierung der Parteien), Holt, Rinehart and Winston, New York, 1942, S. 64.

23) Zu weiteren Vergleichen vgl. Michael Gallagher, „Conclusion“ (Schlussbemerkung) in Michael Gallagher und Michael Marsh (Hrsg.), *Candidate Selection in Comparative Perspective: The Secret Garden of Politics* (Die Auswahl von Kandidaten im Vergleich: Der geheime Garten der Politik), Sage Publications, London, 1988, S. 236-245.

Trend hin zur Oligarchie.²¹⁾ Die Parteien sind ausnahmslos sehr zentral organisiert, und der zentrale Parteivorstand hat durchaus die Möglichkeit, einen aufmüpfigen Provinzvorstand zu entlassen. Personalwechsel an der Führungsspitze sind äußerst selten und kommen nur unter außergewöhnlichen Umständen vor.

Die wichtigste Funktion aller politischen Parteien besteht möglicherweise in der Auswahl einer Elite bzw. der Aufstellung von Kandidaten. Wie Schattschneider bemerkt, „bestimmt das jeweilige Nominierungsverfahren den Charakter einer Partei; eine Partei gehört dem, der die Kandidaten aufstellt. Anhand der Antwort auf diese Frage lässt sich somit am besten feststellen, wie die Macht innerhalb einer Partei verteilt ist.“²²⁾ Das aktuelle Parteienrecht überlässt die Auswahl eines Verfahrens zur Aufstellung von Kandidaten der jeweiligen Satzung. Falls sich eine Partei für eine Urwahl entscheidet, an der entweder alle eingetragenen Parteimitglieder oder aber die gewählten Vertreter der einzelnen Wahlkreise teilnehmen, werden diese Urwahlen unter gerichtlicher Aufsicht abgehalten. Bei den letzten Wahlen wurde dieses Verfahren jedoch kaum angewendet, und der allgemeine Trend geht heute dahin, dass die Kandidaten einer Partei durch das jeweilige Zentralkomitee aufgestellt werden, das wiederum weitgehend der Kontrolle der jeweiligen Parteiführung untersteht. Damit ist das Verfahren zur Aufstellung von Kandidaten so zentralistisch und oligarchisch wie kaum anderswo in einer westlichen Demokratie.²³⁾ Dass die Auswahl der Kandidaten von der Zentrale kontrolliert wird, ist sowohl Ursache als auch Folge der bereits erwähnten oligarchischen Tendenzen. Außerdem gibt diese zentrale Kontrolle der Parteispitze die Möglichkeit, verhältnismäßig viele politische Neulinge (gewöhnlich prominente Ex-Bürokraten) zu nominieren, die über keinerlei Unterstützung an der Basis verfügen und deshalb völlig von der Parteispitze abhängig sind. Über ein besonderes Verfahren zur Einführung der Kandidaten in die für sie geltenden Normen, Wertbegriffe und Einstellungen vor oder nach ihrer Wahl verfügt keine einzige Partei.

Bei der Mobilisierung der Wählerschaft haben die türkischen Parteien mit ihren Ortsvereinen, Hausbesuchen von Parteiaktivisten und anderen Basisakti-

vitäten schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. In jüngster Zeit jedoch wurde dieser Tätigkeitsbereich alter Art immer mehr vernachlässigt; stattdessen konzentrierten sich die Parteien auf die Medienarbeit und die Imagepflege mit Hilfe professioneller PR-Experten. Die zahlreichen privaten Radio- und Fernsehsender, die nach der Abschaffung des staatlichen Rundfunk- und Fernsehmonopols 1993 aus dem Boden schossen, haben dazu einen bedeutenden Beitrag geleistet, und weil sich die Werbesendungen im Fernsehen zwangsläufig auf die Parteispitze konzentrieren, wachsen seitdem die Autorität der Parteiführung und somit auch die oligarchischen Tendenzen innerhalb der Parteien. Auch das geringe Wachstum der Wirtschaft und die immer unbedeutender werdende Rolle der Regierung im Wirtschaftsleben tragen zum organisatorischen Niedergang der Parteien bei. Die Wohltaten, die die Parteien ihrer Gefolgschaft angedeihen lassen können, sind aufgrund dieses Wandels begrenzt, und da sie auch über keine starke ideologische Motivierung verfügen, trägt dieser Faktor in bedeutendem Maß zu ihrer Schwächung bei.

Die einzige Partei, die bislang einen solchen Niedergang vermeiden konnte, ist die WP, die als einzige erkannt hat, dass die klassische Taktik, Hunderttausende von hochmotivierten, engagierten und disziplinierten Helfern von Tür zu Tür zu schicken, nichts von ihrer Bedeutung verloren hat. Auch sind derartige Aktivitäten keineswegs auf den Wahlkampf beschränkt, sondern laufen das ganze Jahr über weiter. Interessant ist dabei, dass die WP bislang noch keine einzige Frau als Kandidaten für ein noch so bescheidenes Amt aufgestellt hat, obwohl zu ihren Helfern sehr viele Frauen zählen.

Auch in der öffentlichen Haltung gegenüber den Parteien hat sich ihr organisatorischer Verfall niedergeschlagen. Aus einer neueren (1996) landesweit durchgeführten Umfrage geht hervor, dass mehr als die Hälfte der türkischen Wähler (50,7 Prozent) der Ansicht sind, die Rechte der „Unterdrückten“ würden nicht durch eine Partei verteidigt, während lediglich 30,6 Prozent die entsprechende Frage mit Ja beantworteten. Die Ansicht, die „eigene“ Partei vertrete die Rechte der Unterdrückten, wurde bei der WP von 85,6 Prozent der Wähler vertreten, bei der PDL von 88,4 Prozent, bei der RVP von 81,2 Prozent und bei

- 24) TÜSES, S.121-122, S. 127-128.
- 25) Yılmaz Esmer, „Birbirimize Güvenmiyoruz“ (Wir vertrauen einander nicht), Milliyet vom 8. April 1997. Vgl. auch TÜSIAD, *Türk Toplumunun Değerleri* (Wertbegriffe der türkischen Gesellschaft), Istanbul, 1991, S. 22-23.
- 26) Zum Unterschied zwischen wertbezogenen und positionsbezogenen Fragen vgl. William Schneider, „Electoral Behavior and Political Development“ (Wahlverhalten und politische Entwicklung), Fotokopie, 1972. „Kennzeichnend für wertbezogene Fragen ist, dass es zu ihnen nur *eine* Meinung gibt. Es handelt sich dabei um bestimmte Zustände oder Sachlagen, auf die die Wählerschaft großen Wert legt und zu denen alle Politiker eine einheitliche Haltung einnehmen. Wertbezogenen Fragen sind z.B. Frieden und Wohlstand.“

der VDP von 85,3 Prozent. Die beiden Mitte-Rechts-Parteien PW und MP erhielten mit 45,3 bzw. 37,8 Prozent die jeweils schlechteste Bewertung.²⁴⁾ Eine weitere Umfrage zeigt, dass die politischen Parteien von allen öffentlichen Institutionen das geringste Vertrauen genießen. 1997 lag der Vertrauensindex für die politischen Parteien bei -40. (Ermittelt wird dieser Wert dadurch, dass man die Zahl derer, die einer Institution kein oder nur geringes Vertrauen schenken, von der Zahl derer abzieht, die ihnen weitgehend oder in gewisser Hinsicht vertrauen.) Interessant ist, dass die Streitkräfte mit einem Vertrauensindex von 88 die Wertung anführen, gefolgt von der Polizei (44 Prozent), den Gerichten (43 Prozent), den religiösen Institutionen (40 Prozent) und der öffentlichen Verwaltung (36 Prozent). Ein Vergleich der beiden Untersuchungen von 1991 und 1997 weist zudem nach, dass auch das Vertrauen in „politische“ Institutionen wie die Regierung und das Parlament beträchtlich geschwunden ist.²⁵⁾

In den achtziger und neunziger Jahren spielten die Parteien nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes und dem Niedergang der sozialistischen Ideologie eine immer geringere Rolle bei der Aufarbeitung von Problemen. Damit verlor auch der bis dahin zwischen Links und Rechts herrschende Streit über wirtschaftliche Fragen seine Bedeutung, da heutzutage alle Parteien in verschiedenem Maße die freie Marktwirtschaft und das Privateigentum an Produktionsmitteln befürworten. Gleichzeitig aber wuchs mit dem Aufstieg der WP als Vertreterin einer islamistischen Politik die Bedeutung des Konflikts zwischen dem Weltlichen und dem Religiösen. Bislang hat sich die WP, die im Rahmen einer Verfassung mit massiven Schutzvorkehrungen für den Säkularismus einen Seiltanz aufführen muss, von jeder rein religiösen Aufbereitung einzelner Probleme zurückgehalten. Stattdessen tritt sie bewusst mit vagen Begriffen wie „gerechte Ordnung“ und „nationale und moralische Werte“ an die Öffentlichkeit. Ganz allgemein legen die Parteien weniger Wert auf „Positionen“ als auf „wertbezogene Fragen“, wie z.B. wirtschaftlichen Wohlstand und eine saubere Regierung.²⁶⁾ Die relativ geringe Bedeutung von Sachfragen bedingt und reflektiert eine weitere Eigenheit aller türkischen Parteien – die Konzentration auf Einzelpersonen. In ei-

nem Wahlkampf sind die Vertrauenswürdigkeit und die übrigen persönlichen Eigenschaften eines Parteiführers viel wichtiger als die Haltung der Partei zu bestimmten Sachfragen. Diese extreme Personalisierung ist auch für die Aufspaltung der Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Strömung in jeweils zwei Parteien verantwortlich. Die persönliche Rivalität, die zwischen Yılmaz und Çiller auf der rechten Mitte und zwischen Ecevit und Baykal auf der linken Mitte besteht, macht eine Wiedervereinigung in nächster Zukunft äußerst unwahrscheinlich.

Außerdem ist seit den Anfängen des Mehrparteiensystems für alle türkischen Parteien kennzeichnend, dass besonders parlamentarische Abstimmungen mit einem hohen Maß an Disziplin durchgeführt werden. Abweichler sind selten und werden als Folge ihrer Widerspenstigkeit normalerweise aus der Partei ausgeschlossen. Offensichtlich ist dies sowohl auf die äußerst zentralistische Autoritätsstruktur innerhalb der Parteien als auch besonders auf die starke Position der einzelnen Führungspersönlichkeiten zurückzuführen. Auch wurde durch das parlamentarische Regierungssystem der innere Zusammenhalt der Parteien gestärkt, denn das Schicksal einer Regierung hängt von dem einheitlichen Auftreten ihrer Partei im Parlament ab. Mit anderen Worten: Parteidisziplin und Zusammenhalt sind in einem parlamentarischen System unerlässlich, während sie in einem Präsidentsystem eine weitaus geringere Rolle spielen. Deswegen steht zu erwarten, dass die Parteien normalerweise relativ stabile und funktionsfähige Regierungen bilden und führen, obwohl aufgrund der Zersplitterung des Parteiensystems Koalitionen unvermeidlich und zudem recht schwierig auszuhandeln sind. Der Zusammenhalt der Parteien im Parlament ist auch deswegen umso bemerkenswerter, weil die meisten türkischen Parteien unter einer ausgeprägten Tendenz zur Flügelbildung leiden.²⁷⁾

In Anbetracht der oben erwähnten organisatorischen Eigenheiten mag man sich fragen, wo die türkischen Parteien im Gesamtbild der Parteienlandschaft anzusiedeln sind. Eine vor kurzem veröffentlichte Studie unterscheidet vier miteinander verbundene Parteimodelle: die Elite- oder Kaderpartei, die Massenpartei, die Volkspartei und die Kartellpartei.²⁸⁾ Bei den meisten türkischen Parteien verbinden sich ge-

- 27) Huri Türsan, „Pernicious Party Factionalism as a Constant of Transitions to Democracy in Turkey“ (Die Flügelbildung: Eine irritierende Konstante im Übergang zur Demokratie in der Türkei), *Democratization* 2 (Frühjahr 1995), S. 169-184.
- 28) Richard S. Katz und Peter Mair, „Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party“ (Wandel der Modelle für die Organisation und Demokratie der politischen Parteien: Die Entwicklung der Kartellpartei), *Party Politics* 1 (Januar 1995), S. 5-28; eine etwas abgewandelte Form dieser Systematik bietet Klaus von Beyme, „Party Leadership and Change in Party Systems: Towards a Postmodern Party State“ (Die Parteiführerschaft und der Wandel der Parteiensysteme: Entwicklung zu einem postmodernen Parteienstaat), *Government and Opposition* 31 (Frühjahr 1996), S. 135-159.

wisse Kennzeichen einer Kader- und Volkspartei mit bestimmten Elementen einer Kartellpartei. Sie nähern sich dabei im Hinblick auf folgende Eigenschaften eher an das Kartell-Modell an: Erstens besteht das Hauptziel der Politik mittlerweile ganz offensichtlich in ihrer Professionalisierung, d.h. als Grundlage für den Wettstreit der Parteien untereinander dient ihr jeweiliger Anspruch auf Effizienz in der Verwaltung. Zweitens sind sowohl die Arbeit als auch die Wahlkampfführung der Parteien mittlerweile kapitalintensiv. Drittens sind die Parteien immer abhängiger von staatlichen Zuschüssen und staatlich kontrollierten Kommunikationsmöglichkeiten. Als Endergebnis schließlich hat sich bei den Parteien die Tendenz ausgebildet, als Teil des Staates den Staat zu vertreten. Die türkischen Parteien haben bei ihrer Entwicklung vom Kadermodell zur Volks- oder Kartellpartei das Stadium der Massenpartei übersprungen. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet in gewissem Maße lediglich die WP.